Preis der Einzelnummer: 5 Grusch.

Bezugspreis

Inland: 1 Monat 1,75 T. Pfd, 3 Monate 5.— T. Pfd, 6 Monate 9.— T. Pfd; 12 Monate 16.— T. Pfd. Ausland: 1 Monat 6.— R.-Mark, 6 Monate 30.— R.-Mark oder Gegenwert. Alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3. Seite 50 Grusch, 4. Seite 30 Grusch. (Inlandpreise.)

Geschaeftsleitung: Schischhane Karakol Jokuschu, Saverio-Caleja-Gasse 55, Phoenixhaus.

Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 269

Türkische Post — پوسته تورکیشه

نسخه‌سی ۵ غروش

آبونه

رسائلی ۱,۷۵ اوچ آیلغی ۵ لیره

داخل ایچون: آلتی آیلغی ۹ سنه‌لیگی ۱۷ لیره

خارج ایچون: یرمی آیلغی ۶ آلتمش آیلغی ۳۰ آلتون سنه‌لیگی

اعلانات

۱ نجی صحیفه‌ده بر سانتیمتره ۱۰۰ ، ۲ نجی صحیفه‌ده ۵۵

۳ نجی صحیفه‌ده ۵۰ ، ۴ نجی صحیفه‌ده ۳۰ غروش

ادارهٔ خانه: بهچه‌قاپو قره‌قول یوقوشی ، سماوه بر قاله‌سی

تلفونلری: یازی ایشلری ، تلفون پوست ، تلغراف ، بك اوغلی ۱۷۳۳

پوسته قوتوسی ، غلطه: ۲۶۹

Tageszeitung für den Nahen Osten

1. JAHRGANG NO. 35

Konstantinopel, Montag, 5. Juli 1926

Hauptschriftleiter: Dr. F.F. Schmidt-Dumont. Verantwortlicher Schriftleiter: Musaffer Bey. Politik und Handel: D. F. F. Schmidt-Dumont. Feuilleton und Lokales: Hans Josef Lazar. Inseratenteil: Erwin Schmidt. Verlag: von Ritgen & Co. Druck: Phoenix Buch- und Steindruckerei

Tagesspiegel.

پارسده مالیه متخصصلری درکیناله دورت یوز میلیار تزیدینی تکلیف ایتمشلردر .

§ دوس سوویت حکومتی خدمات عسکریه‌یی آلق آی ایتزیل ایتمشلردر .

§ میلیونرلرك هاوزده یاشیوق زوار طرفندن زیارت ایدلمشدر. اکثریتله قوری یاش ومصر اوزرینه سیاحتلر واردر .

§ هاور ایله پاریس آره‌سنده سرعت قطاری سقوطندن اون دقیقه وقت وحشتله پارچه پارچه اولمشدر .

Die Finanzsachverstaendigen in Paris haben eine Erhoehung der Steuern um 4 Milliarden Franken vorgeschlagen.

Die Sowjetregierung hat die Militaerdienstzeit auf 6 Monate herabgesetzt.

Infolge Versagens der Weichen sind drei Wagen des Schnellzuges Le Havre-Paris vollstaendig zertrummert. Man zaehlt 3 Tote und zahlreiche Verwundete.

Die «schwimmende Ausstellung» in Le Havre wird von zahlreichen Interessenten besucht. Die meisten Bestellungen sind auf Mais und Trockenfruechte gemacht worden. (A.A.)

Eogland ucd das „rote Gold".

Chamberlains Stellung in der Partei.

Von unserem Londoner Berichterstatter.

London, im Juni.

Wer in den Wochen vor dem englischen Generalstreik die lauten Sympathiekundgebungen der Sowjetpresse verfolgte, der musste bereits für den Fall des Streikausbruches mit einer Verschärfung der englisch-russischen Beziehungen rechnen. Von der überwiegenden Mehrheit des englischen Volkes über die Schranken der Parteien hinweg wurde der Generalstreik als ein Angriff auf die Verfassung betrachtet. Während die Gewerkschaften den Streik nur als «reinen Industriekonflikt» aufgefasst wissen wollten und ihre Verfassungstreue mehr als einmal öffentlich betonten, fand die Regierung Baldwin mit ihrer Parole zum «Schutz der Verfassung» lebhaften Widerhall im ganzen Lande. Es ist daher verständlich, dass jede ausländische Einmischung, sogar in Formen, die bei sonstigen Arbeitskonflikten gang und gäbe sind—Sympathieerklärungen, Solidaritätsstreiks, Geldunterstützungen usw.—als unfreundlicher Akt, als aktive Teilnahme am Kampf gegen Staat und Regierung empfunden werden mussten.

Bis zum Ausbruch des Generalstreiks befanden sich die Beziehungen zwischen England und Sowjetrussland in einem Zustande der Stagnation. Nun kam die Verschärfung des Lohnkampfes in England und prompt setzte eine verstärkte Tätigkeit der III. Internationale ein, die von der Sowjetpresse durch heftige Ausfälle gegen die englische «Kapitalistenherrschaft» lebhaft unterstützt wurde. Die Geldzuwendungen der sowjetrussischen Gewerkschaften an die Streikkasse der Trade Unions boten Chamberlain mithin genügenden Anlass, um seine bisherige Politik der «allgemeinen Winke», wie er sich in der Unterhausdebatte ausdrückte, aufzugeben, und zu energischeren Protestmassnahmen zu greifen. Erst nachträglich wurde aber bekannt, dass Chamberlain seine Protestnote schon vor der Abreise zur Ratstagung in Genf nach Moskau abgesandt hatte. Diese Tatsache wirft ein bezeichnendes Licht auf die überaus heftige antirussische Kampagne, die gerade während der Abwesenheit Chamberlains von London in England einsetzte und die in keinem Verhältnis zu dem, wenn auch unmissverständlichen, so doch auffallend ruhigen Ton der britischen Note stand. Ganz offensichtlich wollten die intransigent antisowjetistischen Kreise der englischen Politik die Abwesenheit des Aussenministers benutzen, um die Erregung der britischen öffentlichen Meinung gegen Russland derart zu steigern, dass Chamberlain nach seiner Rückkehr zur schärferen Stellungnahme gegen die Sowjetregierung gezwungen würde. Diese Kreise haben einflussreiche und energische Vertreter im Kabinett—Lord Birkenhead, den Staatssekretär für Indien, der nimmer müde wird, auf die bolschewistische Gefahr in den asiatischen Besitzungen Grossbritanniens hinzuweisen, Johnson-Hicks, den Innenminister, der sich durch seine rigorose Fremdenpolitik bekannt gemacht hat, und schliesslich Churchill, der als «Vater der russischen Gegenrevolution» der in Moskau bestgehasste englische Politiker ist. Diese drei Männer besitzen zahlreiche Anhänger in der herrschenden konservativen Partei, für die die Sowjetregierung noch immer ein «unzivilisiertes Regime» ist. In ihrer Presse liefen sie täglich Sturm gegen den «Skandal mit dem roten Golde», forderten die Ausweisung der Sowjetvertretung, den Abbruch der Beziehungen zu Moskau u. a. mehr. Es waren diese Kreise, die auch die Behauptung aufstellten und durch den Mund des Ministers Lord Birkenhead öffentlich verkünden liessen, es stehe unumstösslich fest, dass das Geld zur Unterstützung der Streikenden von der Sowjetregierung selbst stamme. Wenn diese Ansicht bis tief in liberale Kreise hinein von weiten Bevölkerungsschichten geteilt wird, so ist dies, ungachtet aller sowjetrussischen Gegenerklärungen, auf alle Fälle eine Tatsache von erheblichem politischen Gewicht. Unfreiwillige Unterstützung fand die Kampagne der russenfeindlichen Kreise im Verhalten des englischen Bergarbeiterführers Cook. Cook, der sich einmal als «bescheidenen Jünger Lenins» bezeichnete, erklärte in einer Rede, «er danke Gott» für die russische Unterstützung. Wenn die anfangs klar ablehnende Haltung der britischen Gewerkschaften gegenüber der Moskauer Geldhilfe verwischt wurde, so ist das fast ausschliesslich auf ihn zurückzuführen.

Chamberlain liess sich jedoch durch diese Kampagne nicht beirren. Auf das Drängen vieler Unterhausabgeordneter gegen diese oder jene sowjetrussische Aeusserung Stellung zu nehmen, erklärte er in der Parlamentsdebatte, «er halte es nicht für zweckmässig, in jedem Einzelfall Protest einzulegen», wennauch er «die Anerkennung der allgemein gültigen Regeln des Völkerrechts durch die Sowjetregierung» als unerlässliche Vorbedingung für jegliche Beziehungen zwischen «befreundeten Nationen» betrachte. Dies trug ihm den ironischen Zuruf ein, was denn eine «befreundete» Regierung noch tun müsse, um nicht mehr als solche zu gelten. Sehr bemerkenswert war die Unzufriedenheit mit Chamberlains Russenpolitik, die gerade in den Reihen seiner eigenen Partei während der Unterhausdebatte offen zutage trat. Seine Rede wurde mehrfach durch missvergnügte «Oho-Rufe» von den konservativen Bänklen unterbrochen und der Parlamentsberichterstatter der «Times» bemerkt, die «Unterhausmitglieder seien keineswegs mit den Erklärungen Chamberlains zufrieden gewesen.» Der Protest des konservativen Abg. Davison gegen den «Verkauf geraubten britischen Eigentums durch die Sowjets in England» fand laut den «Times» «lärmenden Beifall» der Unionisten. Erhebliches Missfallen erregte in der sowjetfeindlichen Presse auch die Beschränkung des britischen Protests auf die Geldhilfe während des Generalstreiks, während man bisher angenommen hatte, Chamberlain würde auch gegen die russischen Streikgelder für die Bergarbeiter protestieren.

Schon jetzt ist es klar, das Birkenhead, Aicks und Churchill im Kabinett und Parlament inbezug auf den gegenwärtigen Konfliktsfall nicht durchgedrungen sind. Der Zwischenfall stirbt, wie der «Manchester Guardian» sagt, somit «eines natürlicheu Todes». Der Birkenhead-Flügel der Konservativen versucht jedoch, die Frage der englisch-russischen Beziehungen in ihrer ganzen grundsätzlichen Bedeutung aufzurollen und ihr den Charakter einer «internationalen Kontroverse» («Times») zu verleihen. Hierdurch soll der alte Gedanke der internationalen Abwehr gegen den Bolschewismus erneut belebt werden. Bei seiner Verteidigung einer gemässigten Russenpolitik steht Chamberlain jedoch auch in den Reihen der eigenen Partei nicht allein, sodass die scharfe Tonart vermutlich nicht die Oberhand gewinnen wird.

Aber auch für Deutschland hat dieser englisch-russische Konflikt eine «Moral.» Bekanntlich streiken die englischen Arbeiter, weil sie die Regierung zwingen wollen, die staatlichen Zuschüsse weiter zu zahlen. Diese Unterstützungsgelder sicherten ihnen hohe Löhne und kurze Arbeitszeit und den Zechenbesitzern einen hohen Absatz, der aber nur durch Schleuderpreise ermöglicht wurde, weil ja der Staat den grössten Teil der Gestehungskosten trug. Dank der englischen Subventionspolitik musste an der Ruhr eine Zeche nach der anderen stillgelegt und vielen tausend Bergleuten gekündigt werden, während die übrigen Feierschichten verfahren mussten. Sowjet-Russland, hat sich nun für die Ziele der englischen Streikenden, also für die Fortzahlung der Staatzuschüsse ausgesprochen, mit anderen Worten gegen die deutschen Bergleute Stellung genommen. Das ist die Kehrseite der «roten Subventionen» die einen Zustand wieder herstellen wollen, der dem deutschen Bergmann zum Verhängnis wurde.

Zum Hochverratsprozess in Smyrna.

Das Publikum klatscht.

Vernehmung der Paschas.

Smyrna, 3. Juli.

Heute wurde vor dichtgefülltem Zuschauerraum Arif Bej seiner Dienerschaft gegenübergestellt, wobei Arif schlecht abschnitt. Das Publikum klatschte den Dienern Beifall, er verweigerte jedoch jede Auskunft.

Darauf wurden in zweiter Sitzung die Paschas vernommen, als erster erschien Refet Pascha, ihm folgte Kiasim Kara Bekir Pascha, Dschafer Tajar Pascha, Ali Fuad Pascha, Dschambulat Bej, Rüschdi Pascha, Abgeordneter von Ardahan, Hilmi Bej, Ichsan Bej, Abgeordneter von Argana und Sabit Bej. Der Staatsanwalt verlas die Strafanträge und forderte für den nicht anwesenden Kara Kemal Bej Todesstrafe, für die Paschas Dschafer Tajar, Ali Fuad, Kefet, Kiasim Karabekir und Rüschdi, sowie für Sabit, Halis Torgut, Ichsan, Dschambulat, Münir Hüssrev, Faik, Dschavid Nedschati und Hilmi Bey lebenslängliche Festung.

Bei der Feststellung der Personalien erklärte Kiasim Karabekir, dass er Armeeinspektor und Generalleutnant sei.

Darauf wurden alle aus dem Saal geführt, ausser Sabit Bej. Bei seiner Vernehmung machte dieser zunächst Angaben über seinen Eintritt in die Fortschrittspartei. Nach seiner Darstellung war Rauf Bej ursprünglich gegen die Bildung der Partei, aber Schükri, Dschambolat und er selbst wollten unbedingt eine Oppositionspartei gründen. Auch Kara Kemal Bej war dafür, so entstand die sogenannte Fortschrittspartei «Terekki perver» Sabit behauptete aber, nie extrem gewesen zu sein, sondern stets eine gemässigte Richtung vertreten zu haben, Der türkische Gesandte in Afghanistan, Nebil Bej, sollte zuerst Parteisekretär werden, aber Schükri war dagegen, weil Nebil Bej ein Freund Kara Kemals war. In Konstantinopel vereinigte sich Schükri mit Kara Wasif und seinen Anhängern, und bildete auch dort eine Sektion der Partei. Kara Wasif wurde Sekretär.

Das Geld für die Partei kam durch Stiftung grösserer Beträge seitens der Führer zusammen. Nach Konstantinopel wurde ebenfalls Geld geschickt. Ob Kara Wassif auch noch von anderer Seite Mittel erhielt, konnte Sabit nicht angeben.

Auf die Frage nach dem Attentatsplan im November erwiderte Sabit, dass er Sia Hürschid eines Tages in Angora getroffen und ihn gefragt habe, was er dort wolle. Dieser habe gesagt, er habe mit dem Kriegsministerium zu tun und mit Schükri zu reden. Sie kamen dann alle drei zusammen. Sabit merkte, was Schükri und Sia Hürschid vorhatten und benachrichtigte Rauf Bej. Dieser sagte sofort, dass, wenn Sia Hurschid dabei wäre, auch Faik davon wissen müsse. Er fügte hinzu, dieser Plan wäre ein Skandal und eine Schande, und müsse unbedingt verhindert werden. Wie bekannt, erhielt man dann von Faik die Versicherung, dass alles nicht wahr sei. Dieser erzählte auch Dschambolat Bej und Ali Fuad Pascha davon. Ob Dschafer Tajar und Kiasim Karabekir Pascha davon gewusst haben, konnte er nicht sagen. Sabit gab weiter an, dass er früher Schükri gern gehabt hätte, aber dieses Jahr hätte er ihn sehr verändert gefunden. Er hätte immer gesagt, dass die andern feige wären und nichts unternehmen wollten. Eines Tages hätte er auch seiner Abneigung gegen den Gasi Ausdruck gegeben, als der Wali von Angora erzählt habe, dass dieser einen Schlaganfall erlitten hätte. Weil Sabit erklärte, dass die Republik ohne den Gasi und Ismet Pascha nicht bestehen könnte, habe sich Schükri mit ihm erzürnt.

Nach einer Pause von 10 Minuten brachte man Rüschdi Pascha herein. Dieser erzählte, dass sich damals bei Gründung der Partei alle versammelt und gemeinsam ein Programm aufgestellt hätten.

Mit dem Aufstand von Erserum hätte er nichts zu tun gehabt, er sei damals in Konstantinopel gewesen. Den Einwohnern von Erserum, die sich in der Hutfrage an ihn gewandt hätten, habe er geantwortet, für Erserum könnte keine Ausnahme vom Gesetz gemacht werden. Sein einziger Fehler sei überhaupt, dass er zur Opposition gehöre, sonst träfe ihn keine Schuld.

Sia Hurschid habe er einmal bei seinem Bruder gesehen, aber nie über ein Attentat mit ihm gesprochen. Sabit Bej habe ihm von Schükris Absichten in Angora Mitteilung gemacht und ihn gebeten, das Attentat zu verhindern. Als sie sich an Schükri wandten, behauptete dieser, es sei alles nicht wahr und Sabit sei verrückt geworden. In der letzten Zeit habe sich Sabit mit Schükri nicht gut gestanden und sei zu Rüschdi Pascha gezogen. Schükri habe ihm nie irgend etwas von seinen Unternehmen erzählt, er sei auch nicht mehr in die Nationalversammlung gekommen und habe angegeben, dass er krank sei.

In Konstantinopel habe er einmal Abeddin Bej getroffen, der ihm von einem gewissen Sari Efe Edib gesprochen habe. Er habe geantwortet, was ihn das anginge, dieser Edib könne machen, was er wolle. Er hätte aber keine Ahnung gehabt, was dieser eigentlich beabsichtigte.

Nach der Verhaftung von Schükri seien Sabit, Abeddin, Seki Bej und er im Hause von Refet Pascha zusammen gekommen, um eine Anfrage an den Präsidenten zu besprechen, in der Aufklärung gefordert wurde, warum man ihren Parteigenossen den Abgeordneten, Schükri verhaftet hätte. Bei einer früheren Zusammenkunft habe Schükri ihm gesagt, die Regierung wende dauernd Zwang an. Wenn der Gasi an der Spitze bleibe, würde es nie anders werden. Jetzt erst verstehe er, was Schükri damit habe sagen wollen.

Die Untersuchungen in Konstantinopel.

Gestern wurden in Anwesenheit des Walis und des Polizeipräsidenten verschiedene Verhaftete verhört.

Zu den Verhafteten gehören ausser den bisher gemeldeten Persönlichkeiten der Rechtsanwalt Hamid Bej, ein Mitglied der Fortschrittspartei, der Vorsitzende Osman und der frühere Vorsitzende Ali Osman des Bootsführervereins, der Muchtar der Arab Dschami, Hafis Osman, und sein Vertreter Ichsan, ein früherer Beamter Rifat, und der frühere Führer der Hammals, Salih Reis.

Dass der frühere Direktor des Nachrichtendienstes «Milli» verhaftet worden sei, bestätigt sich nicht, ebenso die Meldung, dass man in Smyrna den früheren Wali von Diarbekir festgenommen habe.

Der Botschafter des Deutschen Reiches, Nadolny, besuchte gestern den Aussenminister Tewfik Rüschdi Bej.

Persien und die Wahabiten.

Der Zwischenfall in Mekka.

Kairo, 25. Juni.

Die persische Gesandtschaft in Kairo gibt offiziell bekannt, dass die Regierung des Schahs es abgelehnt habe, an dem mohammedanischen Kongress in Mekka teilzunehmen, und zwar wegen des Verhaltens der Wahabiten und mit Rücksicht auf den Schaden, den sie den heiligen Gräbern zugefügt hätten. Die Gesandtschaft hat weiter erklärt, die persische Regierung beabsichtigte, sich mit anderen mohammedanischen Regierungen in Verbindung zu setzen, um eine gemeinsame Aktion zum Schutze der heiligen Stätten des Islams zu ermöglichen.

Milliarden Franken!

Steuerreform in Frankreich.

Paris, 3. 7.

Der Bericht der franzoesischen Finanzsachverständigen zur Währungssanierung schlägt eine Steuererhoehung von vier Milliarden Franken vor.

Was geht in Persien vor?

Ein Komplott gegen Schah Risa Chan.

Wie wir früher gemeldet haben, wurde der frühere Kriegsminister Abdullah Khan bei Neubildung des persischen Kabinetts Müstewfi el Memalik verhaftet. Es verlautet, dass in Persien eine Verschwörung gegen den Schah entdeckt wurde, und die Verhaftung des Ministers damit in Zusammenhang steht. Er wurde jedoch bald wieder in Freiheit gesetzt.

Der frühere Schah in Paris, erklärte der Pariser Presse dass er nach wie vor der eigentliche Herrscher von Persien sei, und dass er nur den richtigen Zeitpunkt abwarte, um wieder zurückzugehen.

Man vermutet, dass der frühere Schah mit dem gestern gemeldeten Aufstand in Verbindung steht.

Eine Erklärung des Persischen Botschafters.

Gestern hat einer unserer Berichterstatter den Persischen Botschafter aufgesucht, um nähere Auskunft über den vom Anatolischen Nachrichtendienst gemeldeten Grenzaufstand zu erhalten. Der Botschafter erklärte ihm, dass er bis jetzt keine Nachricht von diesem Vorfall habe, obgleich er jeden Tag telegraphische Meldungen aus Teheran empfinge. Es handele sich aber offenbar um eine bedeutsame Angelegenheit und in unlängst zwei Tagen werde er sicher genau unterrichtet sein. Sobald er eine offizielle Mitteilung seiner Regierung in Händen habe, würde er sie der Presse übermitteln.

Staatssekretaer Meissner aus der demokratischen Partei ausgetreten

Staatssekretär Meissner, der Leiter des politischen Büros des Reichspräsidenten, hat seinen Austritt aus der demokratischen Partei erklärt, ist also den Spuren von Schacht, Rohrbach und vielen anderen gefolgt. Der Staatssekretär weilte unlängst zu seiner Erholung in Konstantinopel und ist erst vor einigen Tagen nach Deutschland zurückgekehrt.

Amerikanische Studenten in Deutschland.

Berlin 2. 7.

In Bremen trafen am Donnerstag etwa 60 amerikanische Studenten und Studentinnen zu der vom Auslandsamt der Deutschen Studentenschaft zu veranstaltenden längeren Europareise ein.

Schewki Pascha.

Angora, 1. 7.

Der Generaldirektor des Landkartenamtes, Schewki Pascha, ist aus Gesundheitsgründen pensioniert worden. Das Kriegsministerium bedauert sein Ausscheiden.

Beruhigung im Reich.

Berlin, 3. 7.

Nach Abschluss des Reichstagsverhandlungen trat im politischen Leben Deutschlands Ruhe ein. Die Blätter besprechen zwar noch den Ausgang des Fürstenabfindungsgesetzes und üben aneinander heftige Kritik. Es leuchtet jedoch überall eine gewisse Befriedigung durch, dass der Streit nun vorläufig beigelegt ist.

Berlin, 4. Juli.

Die nächtliche Schlusssitzung des Reichstags verlief ohne Zwischenfall. Die Stimmung beruhigte sich nach Zurücknahme der Vorlage rasch. Selbst die Sozialdemokraten sehen die Vertagung der Krise nicht ungern. Man hofft, dass die beiden einzigen konkreten Streitfälle in der Fürstenfrage bis November beigelegt werden, so dass die Frage für den Reichstag erledigt wäre, sonst freilich würde man verschärften Schwierigkeiten gegenüberstehen.

(Eigener Dienst der «Tuerkischen Post»)

Berlin, 4. Juli.

Die Presse erkennt die Haltung des Reichspräsidenten an, der eine Regierungskrise und die Wirren eines unzeitigen Wahlkampfes verhinderte. Nach Blättern der Regierungsparteien ist die Annahme des Gesetzes im Herbst unter Bildung einer grossen Koalition moeglich. Der «Vorwärts» schweigt darüber.

(Eigener Dienst der «Turkischen Post»)

Berlin, 3. 7.

Der Reichstag nahm den deutsch-dänischen Zollvertrag gegen die Stimmen der Völkischen und Kommunisten endgültig an.

Letzte Tageschronik.

Kurzschluss in einem Strassenbahnwagen.

In Suradschhane löste ein Kurzschluss in einem fahrenden Strassenbahnwagen wilde Panik unter den Fahrgästen aus. Der Wagen drohte Feuer zu fangen und nur mit Mühe und Not gelang es dem Schaffner und einigue Passagieren durch Mahnung zur Ruhe und Besonnenheit grösseres Unheil zu vermeiden. Immerhin konnte nicht vermieden werden, dass ein Mann namens Salaheddin besinnungslos vor Angst aus dem Wagen sprang und sich beide Beine brach. Ebenso stürzte beim überstürzten Verlassen des Wagens ein 15 jähriges Mädchen und verletzte sich am Arm.

In letzter Stunde.

Wieder ein Eisenbahnunglück in Frankreich

Paris, 4.7. (A.A.)

Drei Waggons des Schnellzuges Le Havre-Paris sind zertrümmert. Man zählt zahlreiche Verwundete und drei Tote. Als Grund des Unfalles dürfte ein Versagen der Weichen anzunehmen sein infolge von Abspülungen, die durch die Unwetter hervorgerufen wurden.

Die Aufräumungsarbeiten werden fortgesetzt, sodass leider die Ziffer der Opfer noch keine endgültige ist.